

Rede von Willy Brandt vor dem Bundestag über die politischen Veränderungen in der DDR und in Osteuropa (Bonn, 16. November 1989)

Legende: Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regimes in Osteuropa und dem Fall der Berliner Mauer hält Willy Brandt am 16. November 1989 vor dem Deutschen Bundestag eine Rede über die politischen Veränderungen in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Der ehemalige Bundeskanzler analysiert die künftigen Beziehungen zwischen der BRD und der DDR und betrachtet eine mögliche deutsche Wiedervereinigung im weiteren Zusammenhang der Einigung Europas.

Quelle: Verhandlungen des deutschen Bundestages. 11. Wahlperiode. 176. Sitzung vom 16. November 1989. Stenographische Berichte. Hrsg. Deutscher Bundestag und Bundesrat. 1989. Bonn. p. 13335-13340.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_willy_brandt_vor_dem_bundestag_uber_die_politischen_veranderungen_in_der_ddr_und_in_osteuropa_bonn_16_november_1989-de-ee91557b-fd8f-45c6-8448-0f90d3b33fd6.html

Publication date: 03/07/2013

Rede von Willy Brandt vor dem Bundestag über die politischen Veränderungen in der DDR und in Osteuropa (Bonn, 16. November 1989)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dies sind in der Tat bewegende Tage. Sie handeln ja auch von dem tiefgreifendsten Umbruch, den unser Teil der Welt seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges erfährt. Verwunderlich wäre es gewesen, hätten die Winde der Veränderung um Deutschland einen Bogen gemacht.

Die **Deutschen in der DDR**, ermutigt durch Gorbatschows Vorhaben der Perestroika - bei weitem noch nicht gesichert, wie wir alle wissen sollten -, ermutigt nicht nur durch die demokratischen Prozesse in Polen und Ungarn, auch herausgefordert durch die schlimmen Übergriffe von Sicherheitskräften gegen junge Menschen Anfang Oktober, gegen jugendliche Demonstranten, vor allem in Ost-Berlin, zusätzlich beeinflusst durch den Massensexodus wiederum überwiegend junger Menschen, haben auf machtvollen Kundgebungen, durch Demonstrationen und mit dem Ruf „Wir sind das Volk!“ auf ihr Recht gepocht.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Sie setzten in wenigen Wochen durch, daß eine wohl noch nicht befriedigende, aber eine neue Informationspolitik eingeführt wurde, daß dem bisher verweigerten Recht auf Besuche und Reisen Rechnung getragen wird. Die politische Führung wurde umbesetzt. Und Mitglieder der Einheitspartei erzwangen, daß durch einen Parteitag noch in diesem Jahr sich andeutende weitere wichtige **Veränderungen** auf den Weg gebracht werden, was jenen Teil des politischen Spektrums angeht.

Wichtiger noch: Man kann schon heute bei einer vernünftigen Zwischenbilanz feststellen: Der Führungsanspruch der einen Partei läßt sich nicht mehr aufrechterhalten.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Daraus folgt logisch, daß Artikel 1 der Verfassung der DDR vor Wahlen gestrichen werden muß.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Politischer Pluralismus bricht sich Bahn. **Freie Wahlen** werden im nächsten Jahr in der DDR auf der Tagesordnung stehen.

Jemandem, der ein Jahrzehnt lang Verantwortung in Berlin getragen hat, in nicht immer ganz einfachen Situationen, geht das besonders nahe, was sich in der alten deutschen Hauptstadt abspielt. Ich gebe offen zu: Ich habe meiner Tränen kaum Herr werden können. Aber dann so viel Fröhlichkeit, so wenig Verkrampftheit, so wenig Aggression - das läßt hoffen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die **Pfiffe vor dem Rathaus** am letzten Freitag - ich habe früher übrigens auch schon welche hören müssen - habe ich nicht gern gehört; ich habe sie wirklich nicht gern gehört.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Doch Pöbel war das nicht, wie ich hier und da gelesen habe.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es waren sehr viele Landsleute aus dem anderen Teil der Stadt dabei.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN – Frau Dr Vollmer [GRÜNE]: Man kann sich das Volk schlecht aussuchen! – Zurufe von der CDU/CSU)

Ich kritisier nichts, sondern ich frage uns miteinander über diesen konkreten Anlaß hinaus, ob unsere

politische Sprache der veränderten Gemütslage der Nation hinreichend gerecht wird,

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

ob man zumal mit überzogener Selbstsicherheit dem gerecht wird, was neu auf uns zukommt.

Zustimmung der Abg. Frau Dr Vollmer [GRÜNE]

Denn wir müssen uns alle miteinander sagen, daß Überheblichkeit ebensowenig angebracht ist wie die Attitüde der beleidigten Leberwurst.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Gescheitert, Herr Bundeskanzler, sind übrigens in meinem Verständnis und dem Verständnis vieler meiner Freunde im bisherigen östlichen Machtblock nicht die Vision, nicht die Grundwerte einer freiheitlichen Sozialdemokratie, sondern das kommunistische Herrschaftssystem und dessen Entsprechung in Form bürokratischer Mißwirtschaft.

(Frau Dr. Vollmer [GRÜNE]: Die Bürokratie und der Apparat!)

Stalin noch nachträglich einen Sozialisten nennen zu wollen wäre ähnlich absurd, wie aus Hitler einen verirrten deutschen Freiheitskämpfer zu machen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Doch vielerorts zeichnet sich auch im anderen Teil Deutschlands eine **Renaissance freiheitlicher Sozialdemokratie** ab.

(Frau Dr. Vollmer [GRÜNE]: Nicht nur!)

Ich habe das besonders deutlich am Freitagabend gespürt, als ich mit meinem Parteivorsitzenden im anderen Teil Berlins mit den Freunden von der Sozialdemokratischen Partei in der Deutschen Demokratischen Republik beisammen war.

Ich war und bleibe der Meinung, daß **Europa** nicht Einförmigkeit und nicht Einfarbigkeit braucht, nein, in Europa - das gilt heute für die Europäische Gemeinschaft, und es muß morgen für das größere Europa gelten - muß **Platz sein für alle relevanten Strömungen der europäischen Demokratie**,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

für linke und rechte, liberale und konservative, christliche und soziale Demokraten.

(Frau Dr. Vollmer [GRÜNE]: Und was ist mit den GRÜNEN?)

Meine Damen und Herren, über den Tag hinaus handelt der Prozeß, den wir erleben - geschichtlich wird es einmal so gewertet werden -, vom **Zusammenwachsen der Teile Europas**, nicht von heute auf morgen, aber wohl zu einem wesentlichen Teil noch in dem Jahrzehnt, das vor uns liegt. Falsch wäre es – da berühren sich meine Gedanken sehr stark mit den vom Bundeskanzler vorgetragenen -, ganz falsch wäre es, aus einer mißverstandenen europäischen Perspektive ableiten zu wollen, wir brauchten uns um die **Europäische Gemeinschaft** nicht mehr so viel Mühe zu geben. Das Gegenteil ist richtig.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Hierin stimmen die deutschen Sozialdemokraten mit der die Bundesregierung tragenden Koalition überein. Die hiervon abweichende Stellungnahme von Mrs. Thatcher, der britischen Premierministerin, ist abwegig.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Stercken [CDU/CSU])

Für unsere Partner in der Europäischen Gemeinschaft ist es gerade jetzt wichtig, zu wissen, daß wir auf breiter Basis in diesem Bundestag und in unserem Volk entschlossen sind, am Ausbau der Gemeinschaft unvermindert und unverdrossen mitzuwirken mit allem, was die Bundesrepublik Deutschland darstellt und was sie zu leisten vermag.

Was freilich jetzt hinzukommen muß, ist eine **aktivere Ostpolitik der Europäischen Gemeinschaft**.

(Beifall bei der SPD und bei den Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ich finde es ja gut, daß der Französische Staatspräsident zu dem Treffen am Samstag eingeladen hat, gut auch wegen des Zeitpunkts. Es wäre ja noch schöner, wenn die Europäer nicht ihre Meinung klärten, bevor die beiden ganz Großen auf ihrem Schiff in der Nähe von Malta zusammentreffen.

(Beifall bei der SPD und bei den Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Die Staats- und Regierungschefs sollten in Paris gut zuhören, wenn ihnen Jacques Delors vorträgt, was sich die Kommission zu dem Thema hat einfallen lassen. Es kann sich jetzt nicht darum handeln, denke ich, einen Gesamtplan zu entwickeln für Hilfe und Zusammenarbeit mit allen zentral- und osteuropäischen Staaten, mit allen, die sich auf dem Weg der Neuorientierung befinden. Denn die tatsächlichen Gegebenheiten – ich denke, wir wissen das hier miteinander - unterscheiden sich erheblich von Staat zu Staat, deshalb auch die unterschiedlich zu entwickelnden Formen und Intensitäten der vor uns liegenden Zusammenarbeit.

Unbestritten aber sollte sein, daß die Bereitschaft zu im Niveau angehobener Zusammenarbeit, d.h. einer solchen, die über einen Handelsvertrag hinausreicht, auch die DDR einbezöge. Dies entspräche im übrigen einer zusätzlichen, uns hilfreichen Einbettung der deutschen Dinge in die gerade für uns so wichtigen europäischen Zusammenhänge.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Vogel [Ennepetal] [CDU/CSU])

Ich meine auch, daß wir beginnen müssen, konkreter zu werden, in Brüssel und anderswo, mit Blick auf die 90er Jahre – und die haben wir ja rasch erreicht - , wie die Elemente gesamteuropäischer Politik zusammengefügt werden können.

Element eins: was aus den Wiener Verhandlungen heraus wächst; das jetzt mögliche **System europäischer Friedenssicherung**. Ich bin entschieden der Meinung, daß wir in den nächsten Jahren - nicht erst Ende der 90er Jahre - eine **gesamteuropäische Umweltschutzorganisation** brauchen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der GRÜNEN, der CDU/CSU und der FDP)

Die Gemeinschaft hat sich ja lange Zeit gelassen mit ihrer Umweltbehörde. Jetzt ist es soweit. Ripa de Meana, der zuständige Kommissar, hat vorgeschlagen, die sollte man nach Berlin tun. Das könnte gut passen, denn der Ort wäre auch für die andere Dimension der europäischen umweltpolitischen Zusammenarbeit gut geeignet, denke ich mir.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der GRÜNEN, der CDU/CSU und der FDP)

Also europäische Friedensordnung, europäische Ökologienpolitik und dann drittens gefächert **unterschiedliche Formen von Assoziierungen** bis hin zu neuen Mitgliedschaften. Das wird sich in den 90er Jahren in erheblichem Maße klären, denke ich mir.

Zu **Polen**, Herr Bundeskanzler, wird sich mein Freund Hans Koschnick noch in einem eigenen Beitrag äußern, aber sicher sind wir auch hier nicht auseinander, wenn wir sagen: Polen bleibt für uns Deutsche ein europäischer Partner von ganz besonderem Rang,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

aus historischen Gründen ebenso wie wegen der Chancen jetziger und künftiger Zusammenarbeit; und das dem polnischen Volk zugefügte unermeßliche Leid kommt noch immer hinzu.

Die schon in früheren Jahren angestrebte Aussöhnung, die ja nie durch irgendein Regierungsdokument oder durch irgendeinen Druck auf den Knopf erreicht wird, bleibt eine ganz wichtige Aufgabe nicht nur der deutschen Politik, sondern unseres Volkes im ganzen. Wie könnte die sozialdemokratische Seite dieses Hauses - aber ich denke, das gilt etwa auch für die Kollegen von der grünen Fraktion -, wie könnte zumal die sozialdemokratische Seite etwas dagegen haben, wenn die **gute Nachbarschaft**, von der die Rede war, durch den Kanzlerbesuch erheblich nähergerückt ist? Sogar der lange Text der gemeinsamen Erklärung liest sich gut.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Die eine oder andere Panne hat nicht verhindert, hat nicht verhindern können, daß der Besuch ein Erfolg wurde.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Das ist doch der deutschen Sache wegen zu begrüßen, und warum sollte ich daran herumkritteln wollen?

(Zurufe von der CDU/CSU: Das macht der Vogel dann!)

Daß über die Rechte und Möglichkeiten der deutschen Minderheit jetzt etwas vereinbart werden konnte, was mit den voraufgegangenen polnischen Regierungen nicht möglich war, könnte auch uns alle zufrieden stimmen.

Helmut Kohl wird vermutlich der Aussage zustimmen - wenn auch vielleicht nicht gleich öffentlich -, daß es Termine gibt, die vom Liegenlassen nicht besser werden,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

auch nicht billiger.

(Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN - Beifall der Abg. Frau Dr. Vollmer [GRÜNE])

Aber trotzdem, mich beeindruckt die **Großzügigkeit der getroffenen Vereinbarungen**, und ich stimme zu: Davon könnten sich andere eine Scheibe abschneiden.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

In der leidigen **Grenzfrage** wäre Bundeskanzler Kohl meines Erachtens gut beraten gewesen, hätte er sich stärker mit dem Text angefreundet, den der Bundestag hier beschlossen hat,

(Beifall bei der SPD)

oder auch mit jenem Text, für den der Bundesaußenminister auf der Berliner Kundgebung am vergangenen Freitag sehr starken Beifall bekommen hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der GRÜNEN und der FDP)

Meine verehrten Kollegen, aus meiner Sicht geht es überhaupt nicht darum, geht es wirklich nicht darum, ob man die nach 1945 getroffene Grenzregelung für gerecht hält. Ich habe sie nicht für gerecht gehalten und habe das auch schwarz auf weiß festgehalten. Aber dem wäre ja, sobald man dieses Argument brächte, sehr viel anderes entgeggehalten worden - und würde es immer noch.

Was die heutige Lage angeht: Natürlich kann die Bundesregierung Verpflichtungen nur für die Bundesrepublik Deutschland eingehen. Doch ich war schon 1970 der Meinung - und diese meine Meinung hat sich nicht geändert -: Niemand, auch nicht noch so tüchtige Juristen, kann uns daran hindern, unser Wort auch für den Fall zu geben, daß wir, was immer an uns liegt, an einer friedensvertraglichen Gesamtregelung mitzuwirken hätten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der GRÜNEN und der FDP)

Und ich kann nur hinzufügen: Hoffentlich wird nicht noch einmal eine Fußangel daraus, daß dies Nachfolgern vorbehalten bleibt.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, neu und wiederholt stellt sich die **Frage nach der deutschen Einheit**. Offensichtlich halten die Landsleute in der DDR das Thema Wahlen jetzt für das vorrangige, und das kann ich verstehen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Keiner von uns wird dem widersprechen wollen. Ich habe, wie mancher hier weiß, auch wenn er es nicht immer richtig eingeordnet hat, was ich bedaure, seit vielen Jahren mein Problem mit dem „Wieder“ bei der Vereinigung, weil ich überzeugt war und bin: Dies suggeriert, als könnte etwas wieder so werden, wie es einmal war.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Dr. Dregger [CDU/CSU]: Nein, das „Wieder“ bezieht sich auf die Einheit!)

Und außerdem steht es nicht im Grundgesetz, Herr Kollege Dregger.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und den GRÜNEN – Dr. Dregger [CDU/CSU]: Aber im Deutschlandvertrag!)

Das Grundgesetz fordert uns auf, für Selbstbestimmung und Einheit in Freiheit und für Europa - das haben viele vergessen; schon 1949 - zu wirken.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich gebe zu, ich habe auf den anderen, an vergangene Vorstellungen erinnernden Begriff hingewiesen. Ich habe in diesem Zusammenhang gelegentlich sogar von einer Lebenslüge gesprochen. Ich kann nur davon abraten, hiergegen den „Zitaterich“ in Anspruch zu nehmen; dabei kommt nichts heraus. Da sollte man miteinander so seriös wie möglich prüfen, was denn jetzt möglich ist.

Ich stehe zu dem, was ich – nicht an dieser Stelle; denn wir waren an einer anderen Stelle, nicht weit von hier - in meinem ersten Bericht zur Lage der Nation im Januar 1970 festgehalten habe, mit für mich auch heute noch eindeutigen deutschlandpolitischen Orientierungen, damals, am Beginn unserer Art von Vertrags- und Entspannungspolitik, d.h. mit dem Recht auf Selbstbestimmung und dem Streben nach nationaler Einheit und Freiheit im Rahmen einer europäischen Friedensordnung.

Was wir erleben, meine Damen und Herren, das hat nun zu einem nicht unerheblichen Teil zu tun mit dem **Heranwachsen einer Einheit von unten**. - Ich zögere jetzt ein bißchen, weil es so aufgefaßt werden könnte, als halte ich das Volk für etwas, was unten ist - im Verhältnis zu uns. Aber ich meine: von der Basis her, wie es im Neudeutschen heißt. Diese Einheit wächst von den Menschen her, auf eine Weise, die so kaum jemand vorausgesehen hat.

Die zweite Kategorie der hiermit verbundenen Gedanken handelt vom **Verhältnis zwischen den beiden Staaten**. Da kann ich - zusätzlich zu dem, was in der Regierungserklärung vorgetragen wurde - nur freundlich und dringend raten, abklopfen zu lassen, was der Staatsratsvorsitzende der DDR in seiner Rede am 10. November, also am letzten Freitag, über unterschiedliche Formen **gemischter Kommissionen** vorgetragen hat. Die eine, die schon einmal vereinbart war – und bei der übrigens ein Kollege, der jetzt im Berliner Senat sitzt, dafür gesorgt hat, daß es ein deutscher Standpunkt war, Berlin müsse dazugehören -,

war die Wirtschaftskommission. Der Staatsratsvorsitzende hat andere gemischte Kommissionen angesprochen. Ich weiß nicht, ob das alles vernünftig ist. Aber ich würde es abklopfen lassen, sehen, was drinsteckt. Ich begrüße sehr, was über ärztliche Hilfe gesagt worden ist. In manchen Gebieten des Gesundheitswesens gibt es drüben Engpässe. Der Hartmannbund idt mit seiner Stellungnahme heute früh, glaube ich, ein bißchen zu optimistisch.

(Duve [SPD]: Sehr wahr!)

Ich würde der Regierung auch dazu raten, bestehende deutsch-deutsche Institutionen und Vereinbarungen daraufhin zu überprüfen, ob sie neu entwicklungsfähig sind. Da der Bundeskanzler von einem Sachverständigengremium in bezug auf wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Polen gesprochen hat, sage ich, auch auf die DDR bezogen könnte es ein Vorteil sein,

(Bundeskanzler Dr. Kohl: Das wollen wir auch!)

wenn möglichst ideologiefrei erfahrene Frauen oder Männer aus der Industrie, aus der Bankenwelt und aus der praxisbezogenen Wissenschaft miteinander berieten; meistens haben sie den Kopf noch ein bißchen freier als diejenigen, die jeden Tag ihrem politischen Geschäft nachgehen müssen. - Also, das ist die zweite Kategorie.

Die dritte ist dann die, die von der **staatlichen Einheit** oder von der **Neuvereinigung** handeln würde, wenn die Menschen in der DDR dies in Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts so wollen. Ich würde keine Option ausschließen, keine Option abweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Und ich füge hinzu, bei allem Respekt vor den Statusmächten, auch nach Jahrzehnten, die vergangen sind: Das ist ja wohl nicht denkbar, daß wir noch einmal wie Ende der 50er Jahre eine Situation bekommen, wo die Vier etwas verhandeln und irgendwelche Deutschen an Katzentischen Platz nehmen;

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

das ja wohl nicht.

Übrigens, Einheit besteht ja auch nicht nur aus den großen Dingen. Zur Einheit gehört auch die Freizügigkeit **für frühere Flüchtlinge aus der DDR** einschließlich der von den bisherigen DDR-Regierungen Ausgebürgerten.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Da der Bundeskanzler zu Recht von der vielen Hilfe für Nachbarn gesprochen hat, die aus dem anderen Teil Deutschlands übergesiedelt sind, füge ich hinzu: ich finde, **viele Mitarbeiter der karitativen Organisationen** verdienen von uns ein Wort der Anerkennung.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Viele haben rund um die Uhr gearbeitet. Ich gebe den Verantwortlichen in Bund und Ländern den Rat, ob nicht hier und da als ein kleiner Ausgleich auch mal ein paar Tage Dienstbefreiung für die möglich wären, die so um die Uhr herum tätig gewesen sind und es sind.

(Beifall bei der SPD nd den GRÜNEN)

Eine letzte Erwägung, wenn ich darf. Mir ist ganz unvergessen, Herr Bundeskanzler, wie Ludwig Erhard, der damalige Bundeskanzler – nein, lassen Sie mich den Satz anders anfangen. Es ist erstens unvergessen, wie es einen bedeutenden, auf seine Weise großen Bundeskanzler dieser Republik, nämlich **Konrad Adenauer**, die Mehrheit gekostet hat, daß er nicht zur angemessenen **Reaktion auf die Vorgänge in der DDR** fand. Das hat ihn die Mehrheit bei der Bundestagswahl 1961 gekostet; aber es war sein Problem, nicht

so sehr das unsere. Wir wären damals sicher gern schon ein bißchen stärker geworden. Und dann habe ich danach nicht vergessen, wie sich Bundeskanzler **Ludwig Erhard**, als es um die Folgen der Mauer und um den Versuch ging, die besonders unmenschlichen Folgen der Mauer abbauen zu helfen, leicht dazu durchgerungen hat, den Berliner Bürgermeister, der dann auch Vorsitzender seiner Partei wurde, und den Vorsitzenden des Gesamtdeutschen Ausschusses, wie wir damals sagten, der auch nicht zur Regierung gehörte, an den Kabinetttisch zu bitten, wenn über Fragen von nationaler Verantwortung zu sprechen war.

Jetzt lasse ich andere Situationen außen vor. Ich könnte ja auch sagen: Wer hat es vergessen, daß Helmut Schmidt, als er Bundeskanzler war, bei kritischen Situationen alle an einen Tisch - ich hätte fast gesagt: runden Tisch - gebeten hat? Aber die Form des Tisches ist wirklich schnuppe.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Damals war jeder einzelne Mensch wichtig, und wir haben es uns alle miteinander nicht leichtgemacht.

Daß aber jetzt in einem so ungeheuer wichtigen, vielleicht entscheidenden Abschnitt deutscher Geschichte das organisierte Zusammenwirken aller Kräfte nicht nötig sein sollte, das würden viele Menschen in unserer Bundesrepublik nicht verstehen, und sie hätten recht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es geht einmal darum, was wir für die DDR, d.h. für die Menschen in der DDR, tun können. Das ist zunächst eine Sache der beiden Regierungen - ohne sie auf eine Stufe stellen zu wollen. Aber Sie werden doch die Opposition nicht ausschließen wollen, wenn es um dieses Thema geht. Man wird das in Wirklichkeit auch nicht können, weil Deutschland, weil die deutschen Themen dieser Tage keine Kabinettsache mehr sind.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN und der FDP)

Es kommt manches hinzu, was außerhalb des engeren politischen Spektrums liegt. Ich habe, als ich gestern abend aus Brüssel zurückkam, mit großem Respekt gelesen, was Kurt Biedenkopf und Georg Leber gemeinsam an Gedanken über eine Solidaritätsstiftung des deutschen Volkes zu Papier gebracht haben. Ich denke, das sollte man aufmerksam prüfen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe positiv vermerkt, daß manche Anregungen des Vorsitzenden meiner Partei in den praktischen Teil, auf die DDR bezogen, eingeflossen sind, vermutlich mit beeinflußt durch Gespräche, die Bundesminister Seiters zu diesen Themen schon geführt hat. Ich begrüße dies.

Herr Bundeskanzler, Sie sagen gelegentlich - das ist auch wohl so -, daß Sie Geschichte studiert haben. Da dies so ist, können Sie nicht bei der Meinung bleiben, der runde Tisch sei besetzt durch Situationen, in denen eine Diktatur abgelöst wird.

(Dr. Dregger [CDU/CSU]: Hier ist der runde Tisch für alle!)

Die Tradition des runden Tisches geht in das 6. Jahrhundert zurück, nämlich auf den König Artus.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wer die Geschichte dieses Jahrhunderts verfolgt hat - ich bin nun ein bißchen älter und habe das mehr präsent -, der weiß, welche entscheidende Rolle die Round-table-Konferenzen z. B. des britischen Weltreiches gespielt haben: Indien ist durch Verhandlungen am Round-table ein selbständiges Land geworden; dann kam Gandhi dazu. Die Labour Party, die nicht an der Regierung war, wurde eingeladen, kam aber nicht immer.

(Heiterkeit bei der SPD)

- Ich bin auch nicht sicher, ob die Sozis immer kommen. - Aber dies ist doch vernünftig.

Mißverstehen Sie mich bitte nicht: Ich bin gegen künstliche Gemeinsamkeit. Ich sage dieses als einer, der sich, als die Gemeinsamkeit leider nicht möglich war, mit den Ostverträgen, mit Helsinki, mit dem Nichtverbreitungsvertrag mit einer sehr knappen Mehrheit hat helfen müssen. Solche Situationen gibt es.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber das ist doch nicht ideal. Wenn es geht, ist es doch ein Vorteil - das habe ich vorhin am Beispiel Europa klagemacht -, wenn man sich auf eine breite Zustimmung, in diesem Fall vor allem des Deutschen Bundestages, stützen kann. Was heute ansteht, erlaubt und erfordert wohl auch weithin gemeinsame Antworten. Für Partecipatortismus, überzogenen Partecipatortismus, bleibt jetzt objektiv nicht soviel Raum, sondern die Interessen unseres Volkes gebieten ein hohes Maß an nationaler Gesamtverantwortung und Solidarität.

Danke schön

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU/CSU und bei der FDP)